

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

17. WP - 43. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. April 2012, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Niclas Herbst (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. v. Heike Franzen

### **Weitere Abgeordnete**

Birte Pauls (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Anerkennung der Taubblindheit als Behinderung eigener Art</b>	7
Antrag der Fraktion DIE LINKE <a href="#">Drucksache 17/1952</a>	
<b>2. Bericht der Landesregierung über die weitere Förderung der Beratungsstellen „Frau &amp; Beruf“</b>	10
Antrag des Abg. Wolfgang Baasch (SPD) <a href="#">Umdruck 17/3923</a>	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz</b>	12
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 17/2159</a>	
<b>4. Künstliche Befruchtung ermöglichen</b>	13
Antrag der Fraktion DIE LINKE <a href="#">Drucksache 17/1863</a>	
<b>5. Rentenkürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen!</b>	14
Antrag der Fraktion DIE LINKE <a href="#">Drucksache 17/2189</a>	
<b>6. Einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern</b>	15
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <a href="#">Drucksache 17/2259</a> (neu)	
<b>7. a) Entwurf eines Gesetzes Mindestlohngesetz für das Land Schleswig-Holstein</b>	17
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <a href="#">Drucksache 17/2380</a>	
<b>b) Gleicher Lohn für Leiharbeiter</b>	
Antrag der Fraktionen von SSW und SPD <a href="#">Drucksache 17/2330</a> (neu)	

- Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern**  
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
[Drucksache 17/2394](#)
- c) Schleswig-Holstein garantiert faire Löhne**  
Antrag der Fraktionen von SPD und SSW  
[Drucksache 17/2376](#)
- d) Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
[Drucksache 17/2378](#)
- 8. Pflegepolitische Perspektiven des Landes Schleswig-Holstein** 19  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/2223](#)
- 9. a) Europäisches Jahr zum aktiven Altern** 21  
Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/2061](#)
- b) Europäische Bürgerbeteiligung**  
Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/2062](#)
- 10. Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes in Schleswig-Holstein** 22  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/2222](#)
- 11. Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation** 23  
**Bericht der Enquetekommission**  
[Drucksache 17/2230](#)
- 12. Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt** 24  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/1427](#)

- 13. Illegale Drogen in Schleswig-Holstein** 25  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/2137](#)
- 14. Bericht über die Situation der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein** 26  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/2028](#)
- 15. Schutz von Frauen und ihrer Kinder vor Gewalt** 27  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/2139](#)
- 16. Armuts- und Reichtumsberichterstattung** 28  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/1850](#)
- 17. Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein** 29  
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1043](#)
- 18. Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen** 30  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
[Drucksache 17/1374](#) (neu)
- 19. Studium und Familie besser vereinbar machen** 31  
Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1365](#)
- Diversity-Ansatz gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Hochschulen verankern**  
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/1411](#)

- 20. Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere** 32
- Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/2282](#) (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/2313](#)
- 21. a) Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen** 19
- Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW  
[Drucksache 17/1888](#) (neu) - 2. Fassung
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
[Drucksache 17/2005](#) (selbstständig)
- b) Bessere Anerkennung und Rahmenbedingungen in der Pflege**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/1963](#) (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/2007](#) (selbstständig)
- 22. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Schleswig-Holstein** 33
- schriftlicher Bericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit  
[Umdruck 17/3921](#)
- 23. Verschiedenes** 34

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Anerkennung der Taubblindheit als Behinderung eigener Art**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1952](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2011)

hierzu: [Umdruck 17/3987](#)

Herr Dr. Hase, der Behindertenbeauftragte beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, legt zum Thema Taubblindheit Folgendes dar:

Erstens verweist er auf seine Ausführungen im letzten Tätigkeitsbericht. Am aktuellen Stand habe sich nichts geändert. Zweitens macht er auf das Fachgutachten zu den speziellen Bedarfen taubblinder Menschen im Hinblick auf die Teilhabe an der Gesellschaft unter dem Titel „Taubblindheit - Eine Behinderung eigener Art“ vom Gemeinsamen Fachausschuss für Sehbehinderte/Taubblind ([Umdruck 17/3987](#)) aufmerksam. Drittens informiert er darüber, dass am 28. März 2012 bei mehreren Bundestagsabgeordneten eine Anhörung zu diesem Thema stattgefunden habe. Dort seien verschiedene große Verbände zu Wort gekommen und hätten über die Thematik diskutiert.

Eindeutig forderten fast alle Verbände ein eigenes Merkzeichen für Taubblinde. Für diesen Bereich fehle im Prinzip eindeutiges Zahlenmaterial. Er erklärte sich das damit, dass taubblinde Menschen häufig gewissermaßen in der Familie mitgeführt würden und nicht in die Öffentlichkeit träten. Die Frage, ob taubblinde Menschen eines eigenen Nachteilsausgleiches bedürften, beantwortete er eindeutig mit Ja. Er wies ferner darauf hin, dass es bisher keine anerkannte Ausbildung für Dolmetscher für Taubblinde gebe. Hier muss auch noch differenziert werden, ob Menschen zuerst blind seien und dann taub würden oder zuerst taub seien und dann erblindeten; diese Gruppen verständigten sich auf unterschiedliche Weise. Er wies ferner darauf hin, dass es auch Menschen mit weiteren Behinderungen gebe.

Er gehe derzeit davon aus, dass es in Schleswig-Holstein, gemessen an der Definition für die Gewährung des erhöhten Blindengeldes für taubblinde Menschen, 49 taubblinde Menschen

gebe. Der Bundesverband gehe in seiner Forderung weiter und begründe dies damit, dass bei einer Mehrfachbehinderung eine Kompensation einer Behinderung nicht möglich sei. Deshalb sollte nicht nur auf völlige Taubheit oder völlige Blindheit abgestellt werden, sondern auch eine starke Sehbehinderung oder starke Hörbehinderung Berücksichtigung finden. Würde eine derartige Definition zugrunde gelegt, beträfe das in Schleswig-Holstein etwa 200 bis 300 Menschen.

Abg. Baasch hält den vorliegenden Antrag nach den Ausführungen des Behindertenbeauftragten für unterstützenswert.

Abg. Sassen weist darauf hin, dass ein eigenes Merkmal nicht notwendige Voraussetzung für die Gewährung des erhöhten Blindengeldes in Schleswig-Holstein sei.

Herr Dr. Hase vertritt die Auffassung, dass mit der Einführung eines neuen Merkzeichens auch eine Art Bestandsaufnahme gemacht werden könne. Er vermute, dass sich die entsprechenden Personen derzeit im „Hintergrund ihrer Familien“ befänden und im Rahmen von Teilhabe gar nicht in Erscheinung träten. Er habe beispielsweise versucht, einen Workshop mit etwa sechs bis sieben Taubblinden durchzuführen. Ihm sei es nicht gelungen, mehr als drei Personen zu finden.

Abg. Baasch unterstützt erneut den vorliegenden Antrag.

M Dr. Garg legt dar, er sei nicht der Auffassung, dass es gelinge, die notwendige Identifikation durch die Einführung eines neuen Merkzeichens herbeizuführen. Der vorliegende Antrag sei einfach gehalten; die Diskussion im Ausschuss zeige aber, dass es sich um ein komplexes Thema handele, das auf Bundesebene intensiv diskutiert werden müsse. Schleswig-Holstein sei bei der Gewährung von Leistungen weiter als andere Bundesländer, in dem es ein erhöhtes Landesblindengeld für Taubblinde gewähre. Er teile die Auffassung, dass man darüber diskutieren müsse, ob taubblinde Menschen gezielt andere Bedarfe hätten als taube oder blinde Menschen. Dieser Diskussionsprozess befinde sich auf Bundesebene in einem Stadium, in dem eine Bundesratsinitiative nur eine politische Absichtserklärung darstellen würde.

Abg. Sassen hält es für notwendig, die Nachteile, die taubblinde Menschen hätten, entsprechend auszugleichen. Vor diesem Hintergrund begrüße sie die Diskussion auf Bundesebene. Bezüglich des vorliegenden Antrags - so erklärt sie - hätten die Regierungsfractionen noch Beratungsbedarf.

Abg. Jansen argumentiert, die Diskussion und die Ausführungen von Herrn Dr. Hase hätten deutlich gemacht, dass der Antrag in die richtige Richtung gehe, und plädiert für Annahme.

Abg. Dr. Bohn unterstützt die Zielrichtung des vorliegenden Antrags.

Abg. Sassen beantragt Vertagung. - Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die weitere Förderung der Beratungsstellen „Frau & Beruf“**

Antrag des Abg. Wolfgang Baasch (SPD)

[Umdruck 17/3923](#)

M Dr. Garg berichtet, Anfang März hätten die Regierungsfractionen beschlossen, dass das Beratungsangebot der Beratungsstelle „Frau & Beruf“ erhalten bleiben solle. Justizministerium und Sozialministerium hätten sich darauf verständigt, dass diese Maßnahmen in Zukunft durch Mittel aus dem ESF finanziert werden solle. Beratung sei nicht nur unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten, sondern auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten notwendig.

Die neue Förderperiode der EU-Strukturfondsmittel beginne 2014. Die EU-Kommission hätte im Oktober 2011 erste Entwürfe für die Legislativvorschläge vorgelegt. Viele Rahmenbedingungen für die künftige Förderung seien zurzeit jedoch noch unklar. Eine Einigung über den neuen EU-Haushalt werde frühestens für Ende 2012 erwartet. Im Anschluss daran müsse eine Verständigung über die Aufteilung der für Deutschland zur Verfügung stehenden ESF-Mittel auf Bund und Länder erfolgen.

Vor diesem Hintergrund könnten jetzt schon Vorüberlegungen für eine künftige Gestaltung des nächsten Arbeitsmarktprogramms in Schleswig-Holstein angestellt werden. Das Arbeitsministerium strebe an, bis Ende 2012 einen Entwurf für das operationelle ESF-Programm der nächsten Förderperiode zu erstellen. Die Endfassung werde aber erst im Jahr 2013 vorliegen, wenn die EU-Verordnungen verabschiedet seien und der Finanzrahmen endgültig feststehe.

Die inhaltliche Gestaltung der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ würde gegebenenfalls im Rahmen der Programmerstellung interaktiv unter Einbeziehung insbesondere der Aktionsverantwortlichen entwickelt beziehungsweise fortgeschrieben werden. Die Aktionsverantwortung liege derzeit beim MJGI. Die Programmerstellung beginne im Mai 2012 und werde sich mindestens auf das gesamte Jahr 2012 erstrecken. Der Entwurf des operationellen Programms werde dann dem Kabinett vorgelegt. Der Abstimmungsprozess mit dem Bund und der Europäischen Kommission werde im Jahr 2013 erfolgen.

Im Rahmen der Finanzplanung des Arbeitsministeriums würden Landesmittel eingeplant. Die fachliche Zuständigkeit verbleibe sinnvollerweise bis zum Ablauf des bestehenden Programms im MJGI. Ob dies so bleibe, werde Ende 2012 entschieden werden. Abschließend gibt er seiner Freude darüber Ausdruck, dass es gelungen sei, den Beratungsstellen eine finanzielle Perspektive zu ermöglichen.

Abg. Baasch zeigt sich erfreut darüber, dass die Beratungsstellen „Frau & Beruf“ eine Perspektive erhielten. Sodann stellt er Nachfragen zu den Themen Zielvereinbarung und Fachkräftesicherung.

M Dr. Garg legt dar, dass die Haushaltsmittel aus dem Zukunftsprogramm Arbeit wechselseitig deckungsfähig seien. Der gewählte besondere Schwerpunkt habe zunächst nichts mit der Zielvereinbarung zu tun. Die Frage der Fachkräftesicherung sei erst in den letzten Jahren verstärkt zum Thema geworden. Sie werde zum Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Zukunft gemacht werden müssen. In diesem Rahmen spiele das Potenzial von Frauen auf dem Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle.

Abg. Dr. Bohn legt dar, für ihre Fraktion seien die Beratungsstellen „Frau & Beruf“ ein wichtiger Teilbereich der Beratungsstruktur in Schleswig-Holstein. Sie freue sich darüber, dass eine Finanzierungslösung gefunden worden sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des  
Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz**

Gesetzesentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/2159](#)

(überwiesen am 27. Januar 2012)

hierzu: [Umdrucke 17/3601, 17/3609, 17/3616, 17/3657, 17/3700, 17/3701,](#)  
[17/3704, 17/3715, 17/3726, 17/3738, 17/3739, 17/3794](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Fraktion DIE LINKE, den Gesetzesentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Künstliche Befruchtung ermöglichen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1863](#)

(überwiesen am 7. Oktober 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/2958, 17/2994, 17/3018, 17/3019, 17/3021, 17/3025, 17/3126, 17/3246, 17/3272, 17/3273, 17/3347, 17/3377](#)

Abg. Baasch legt dar, auf Bundesebene gebe es Bewegung, die Kostenerstattung von 50 % auf 75 % zu erhöhen.

Abg. Rathje-Hoffmann führt aus, sie habe Kenntnis von einer Richtlinie, die das Verhältnis von Bundesmitteln und Landesmitteln regeln solle. Nur dann, wenn Landesmittel gezahlt wurden, könnten Bundesmittel generiert werden. Sie sehe noch erheblichen Beratungsbedarf. Derzeit sei es schwierig, in der Sache zu entscheiden.

M Dr. Garg gibt bekannt, das Land Schleswig-Holstein habe im Gesundheitsausschuss des Bundesrates der neuen Kostenaufteilung zugestimmt.

Abg. Baasch gibt zu bedenken, dass der vorliegende Antrag angesichts der neuen Sachlage nicht mehr aktuell sei.

Abg. Jansen begrüßt, dass es auf Bundesebene Bewegung in der Angelegenheit gebe, und zieht den Antrag zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Rentenkürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/2189](#)

(überwiesen am 27. Januar 2012 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/3851](#)

Abg. Dr. Bohn weist auf den Änderungsantrag [Umdruck 17/3851](#) hin.

Abg. Neve kündigt Ablehnung des Antrags und des vorliegenden Änderungsantrags an. Letzten hält er für zu detailliert.

Abg. Dr. Bohn legt dar, der Änderungsantrag enthalte eine qualitativ-inhaltliche Vorschlagsliste an Dingen, die sich im Arbeitsleben ändern müssten, damit Menschen länger arbeiten könnten.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag, [Umdruck 17/3851](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und DIE LINKE ab.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag sodann mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Antrag [Drucksache 17/2189](#) abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/2259](#) (neu)

(überwiesen am 24. Februar 2012)

hierzu: [Umdrucke 17/3856, 17/3859, 17/3860, 17/3863, 17/3864, 17/3943, 17/3953, 17/3982](#)

Abg. Baasch geht auf die Stellungnahme des Landesverbands für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien in Schleswig-Holstein e.V., [Umdruck 17/3953](#) ein, und zwar hier insbesondere auf die Mitteilung, dass dem Verband die Empfehlungen für fachliche Standards für das Pflegekinderwesen in Schleswig-Holstein nicht bekannt gewesen seien und der Verband bedauere, an der Erarbeitung nicht beteiligt worden zu sein. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich nach der Zusammenarbeit mit diesem Verband.

Er legt sodann dar, dass die Kreise die Handlungsleitlinien sehr unterschiedlich anwendeten und erkundigt sich nach einer möglichen Bewertung oder nach Best-Practice-Beispielen. Außerdem fragt er nach Schnittstellen in den Bereichen Eingliederungshilfe, Behindertenhilfe und Jugendhilfe.

M Dr. Garg macht mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass es sich bei diesem Bereich um einen der kommunalen Selbstverwaltung handelt. Er maße sich nicht an, eine Beurteilung darüber abzugeben, welche Kreise besonders gut oder besonders schlecht operierten. Ferner legt er dar, dass die Richtlinien den Verband auf Nachfrage zur Verfügung gestellt worden seien.

AL Dr. Duda, Abteilung Jugend, Familie, Senioren und Gesellschaftliche Teilhabe - Landesjugendamt im MASG, teilt mit, dass die Kommunen je nach Organisationsstruktur unterschiedlich mit dem Verband zusammenarbeiteten.

Zu den Empfehlungen legt sie dar, dass die Kommunen über ein Jahr beraten und diese erstellt hätten. Wie diese kommuniziert worden seien, dazu können sie nichts sagen.

Alle Kinder mit Behinderung, die sich in einer Pflegefamilie befänden, würden von der Jugendhilfe betreut. Die fachlich-inhaltliche Betreuung finde auf kommunaler Ebene statt.

Abg. Baasch geht auf die Stellungnahme des Städteverbandes, [Umdruck 17/3943](#), ein. Danach führten die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor Ort und auf Landesebene mit dem Landesjugendamt und maßgeblichen Akteuren des Kinderschutzes regelmäßig einen Austausch über aktuelle Fragen des Schutzes von Kindern in Pflegefamilien durch. Vor diesem Hintergrund halte er die Nennung von Best-Practice-Beispielen für durchaus möglich.

AL Dr. Duda verweist auf das in Schleswig-Holstein installierte Fachforum zu dieser Thematik. Dieses habe am 12. März 2012 getagt und beschlossen, wie es weiter vorgehen wolle. Das schließe nicht aus, dass der Landesverband für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien in Schleswig-Holstein einbezogen werde. Zunächst einmal seien die Arbeitsschwerpunkte erarbeitet worden. In einem der nächsten Schritte würden Praktika und Betroffene einbezogen werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag [Drucksache 17/2259](#) (neu) abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes Mindestlohngesetz für das Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/2380](#)

**b) Gleicher Lohn für Leiharbeiter**

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD  
[Drucksache 17/2330](#) (neu)

**Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern**

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
[Drucksache 17/2394](#)

**c) Schleswig-Holstein garantiert faire Löhne**

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW  
[Drucksache 17/2376](#)

**d) Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
[Drucksache 17/2378](#)

(überwiesen am 23. März 2012 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss unterbreitet dem Landtag folgende Beschlussempfehlungen:

- b) Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE, Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern, [Drucksache 17/2394](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW;

Ablehnung des Antrags der Fraktionen von SPD und SSW, Gleicher Lohn für Leiharbeiter, [Drucksache 17/2330](#) (neu), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE;

- c) Ablehnung des Antrags der Fraktionen von SPD und SSW, Schleswig-Holstein garantiert faire Löhne, [Drucksache 17/2376](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW;
- d) Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE LINKE, Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, [Drucksache 17/2378](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW;
- a) Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes Mindestlohngesetz Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/2380](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW.

Punkte 8 und 21 der Tagesordnung:

**a) Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/1888](#) (neu) - 2. Fassung

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/2005](#) (selbstständig)

**b) Bessere Anerkennung und Rahmenbedingungen in der Pflege**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1963](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2007](#) (selbstständig)

(überwiesen am 17. November 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/3316, 17/3320, 17/3321, 17/3322, 17/3337, 17/3359, 17/3469, 17/3498, 17/3499](#) (neu), [17/3507, 17/3509, 17/3515, 17/3516, 17/3517, 17/3532, 17/3533, 17/3534, 17/3542, 17/3544, 17/3545, 17/3546, 17/3547, 17/3548, 17/3551, 17/3566, 17/3567](#)

**c) Pflegepolitische Perspektiven des Landes Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/2223](#)

(überwiesen am 22. März 2012 zur abschließenden Beratung)

Abg. Pauls weist auf die Beiträge in der Plenardebatte hin.

M Dr. Garg legt dar, unabhängig von unterschiedlichen Standpunkten vertrete er die Auffassung, dass im Bereich der Pflege in relativ kurzer Zeit eine Menge vorangebracht worden sei. Das sei angesichts der Notwendigkeit und des Alterungsprozesses in der Bevölkerung notwendig.

Abg. Pauls legt dar, im Prinzip unterschieden sich die vorliegenden Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD in dem Punkt der Akademisierung der Pflege.

Abg. Dr. Bohn macht deutlich, die Anträge seien zwar nicht identisch, verfolgten aber dasselbe Ziel.

Auf eine Frage des Abg. Meyer legt Abg. Sassen dar, die Regierungsfractionen sähen nicht die Notwendigkeit für eine Fortschreibung des Demenzplanes, und verweist auch auf die Änderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes.

Der Ausschuss unterbreitet dem Landtag folgende Beschlussempfehlungen:

- a) Er empfiehlt dem Landtag zu dem Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, [Drucksache 17/1888](#) (neu) - 2. Fassung - mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen.

Er empfiehlt ferner mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD und DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/2005](#), anzunehmen.

- b) Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bessere Anerkennung und Rahmenbedingungen in der Pflege, [Drucksache 17/1963](#) (neu), abzulehnen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt er dem Landtag, den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/2007](#), abzulehnen.

- c) Den Bericht der Landesregierung Pflegepolitische Perspektiven des Landes Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/2223](#), nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**a) Europäisches Jahr zum aktiven Altern**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2061](#)

**b) Europäische Bürgerbeteiligung**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2062](#)

(überwiesen am 23. März 2012 an den **Europaausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Europaausschuss, wie folgt zu beschließen:

- a) Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt er, den Antrag der Fraktion der SPD, Europäisches Jahr zum aktiven Altern, [Drucksache 17/2061](#), abzulehnen.
- b) Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt er, den Antrag der Fraktion der SPD, Europäische Bürgerbeteiligung, [Drucksache 17/2062](#), abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/2222](#)

(überwiesen am 23. März 2012 zur abschließen Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation  
Bericht der Enquetekommission**

[Drucksache 17/2230](#)

(überwiesen am 22. Februar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle weiteren Ausschüsse des Landtages)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht der Enquetekommission zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1427](#)

(überwiesen am 29. Juni 2011 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 17/2694, 17/2734, 17/2738, 17/2744, 17/2763, 17/2855, 17/2860, 17/2863, 17/2866, 17/2868, 17/2869, 17/2879, 17/2893, 17/2905, 17/3569, 17/3570, 17/3590, 17/3591, 17/3602, 17/3965](#)

Auf eine Frage des Abg. Baasch legt M Dr. Garg dar, der DGB sei gleichberechtigter Partner des Bündnisses für Arbeitskräfte. Ein Schwerpunkt der Arbeit dieses Bündnisses sei, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglichst lange die Möglichkeit zu geben, im Erwerbsleben zu bleiben. Dieses Bündnis für Fachkräfte sei deutlich mehr als ein Runder Tisch. Dort werde seit über einem Jahr an Strategien gearbeitet.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

### **Illegale Drogen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/2137](#)

(überwiesen am 27. Januar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung:

**Bericht über die Situation der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/2028](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2011 zur abschließenden Beratung)

Abg. Tenor-Alschausky legt dar, über die unterschiedliche Beurteilung der Bedeutung der Mädchentreffs habe man sich sowohl im Plenum als auch im Ausschuss ausführlich ausgetauscht. Sie schläge vor, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. - Der Ausschuss schließt sich diesem Vorschlag an.

Punkt 15 der Tagesordnung:

**Schutz von Frauen und ihrer Kinder vor Gewalt**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/2139](#)

(überwiesen am 23. Februar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Baasch legt dar, dass er die Maßnahmen der Landesregierung in diesem Bereich für den völlig falschen Weg halte. Es sei Aufgabe einer neuen Landesregierung, hier „Reparatur zu betreiben“.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 16 der Tagesordnung:

### **Armuts- und Reichtumsberichterstattung**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1850](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2011 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Baasch empfiehlt dem nächsten Landtag, diesen Bericht aufzugreifen und zur Beratungsgrundlage zu machen. Er mache deutlich, dass die Gesellschaft auf eine neue Altersarmut zusteure.

Abg. Andresen pflichtet dem bei. Er legt dar, er könne sich vorstellen, einen derartigen Bericht in regelmäßigen Abständen von der Landesregierung abzufordern.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 17 der Tagesordnung:

**Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1043](#)

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 17/2632, 17/2636, 17/2646, 17/2687, 17/2714, 17/2785, 17/2797, 17/2809, 17/2812, 17/2813, 17/2814, 17/2817, 17/2818, 17/2819, 17/2820, 17/2821, 17/2828, 17/2845, 17/2846, 17/2853, 17/3420](#)

Abg. Tenor-Alschausky hält es für notwendig, dass sich der Sozialausschuss der nächsten Legislaturperiode mit dieser Thematik beschäftigt.

Sodann nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung:

**Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1374](#) (neu)

(überwiesen am 25. März 2011 an den **Bildungsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/2506](#), [17/2643](#), [17/3133](#), [17/3891](#)

Abg. Baasch meint, dass es eine Bundesinitiative gebe, nach der im Ausland erworbene Qualifikationen und Berufsabschlüsse mittlerweile innerhalb von drei bis vier Monaten anerkannt werden sollten. Er fragt, welche Erkenntnisse der Landesregierung dazu vorliegen.

M Dr. Garg sagt zu, diese Frage an das zuständige Wirtschaftsministerium weiterzuleiten. Er teilt sodann mit, dass Schleswig-Holstein einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundesrat seine Zustimmung erteilt habe.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, legt als fachpolitischer Sprecher seiner Fraktion dar, dass eine Reihe von den im Antrag gesprochenen Punkten durch die Initiativen der Bundesregierung erledigt seien; der Rest sei aus seiner Sicht nicht zustimmungsfähig.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Antrag abzulehnen.

Punkt 19 der Tagesordnung:

### **Studium und Familie besser vereinbar machen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1365](#)

### **Diversity-Ansatz gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Hochschulen verankern**

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1411](#)

(überwiesen am 26. Mai 2011 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/3728, 17/3823, 17/3887, 17/3944, 17/3945, 17/3946, 17/3947, 17/3948, 17/3949, 17/3950, 17/3951, 17/3952, 17/3958, 17/3975, 17/3977, 17/3981](#)

Der Ausschuss gibt an den federführenden Bildungsausschuss folgende Beschlussempfehlung ab:

- Diversity-Ansatz gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Hochschulen verankern, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1411](#), Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW;
- Studium und Familie besser vereinbar machen, Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1365](#), Annahme mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW;
- Empfehlung auf Übernahme und Annahme des aus [Umdruck 17/3728](#) ersichtlichen Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW.

Punkt 20 der Tagesordnung:

**Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/2282](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/2313](#)

(überwiesen am 24. Februar 2012 federführend an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/3861, 17/3890, 17/3909, 17/3924, 17/3925, 17/3926, 17/3932, 17/3933, 17/3934, 17/3935, 17/3939, 17/3940, 17/3941, 17/3942, 17/3964, 17/3973, 17/3978](#)

Der Ausschuss schließt sich mit jeweils dem gleichen Stimmverhältnis dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.

Punkt 22 der Tagesordnung:

### **Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Schleswig-Holstein**

schriftlicher Bericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit

[Umdruck 17/3921](#)

Abg. Baasch legt dar, nach einer Zahlenerhebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die sich auf Angaben der Jobcenter stütze, habe es andere Erkenntnisse gegeben, als sie dem Bericht der Landesregierung zu entnehmen seien. Er bittet um eine Bewertung der vom DBG erhobenen Daten. Herr Reich, Mitarbeiter im Referat Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsrecht, SGB II, Jugend und Arbeitswelt im MASG, macht darauf aufmerksam, dass es keine amtliche Statistik gebe. Er könne daher die vom DGB veröffentlichten Zahlen nicht bewerten.

Sodann erkundigt sich Abg. Baasch nach den in Plön und Neumünster eingesetzten Chipkarten. Herr Reich legt dar, es gebe verschiedene Chipkartensysteme. Das in Schleswig-Holstein eingesetzte sei relativ verwaltungsschlank. Es könne neben den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket auch andere Leistungen der kommunalen Ebene umfassen. Im Moment sei man dabei, im Rahmen von Best-Practice-Beispielen bundesweit Foren zu schaffen. Informationen würden ausgetauscht, um diskriminierungsfrei, verwaltungsschlank und bürgerfreundlich entsprechende Systeme einsetzen zu können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 23 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

M Dr. Garg geht auf den Letter of Intent, [Umdruck 17/3928](#), ein und erläutert diesen.

Abg. Sassen bedankt sich für die Zusammenarbeit im Ausschuss und verabschiedet sich aus dem Kreis des Sozialausschusses.

Auch der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern des Sozialausschusses, den Ministerien sowie den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in dieser Legislaturperiode.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 16 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin